

PARIS | Wer kann mit wem? Eine Gebietsreform stellt die Existenzfrage.

Von Karin Finkenzeller



Kartoffeln und Champagner



In Frankreich ist der Teufel los. Der Grund? Eine Gebietsreform. Deren Kritiker glauben, sie raube ihnen nicht weniger als die Identität.

Eigentlich klingt das Vorhaben der Regierung ganz vernünftig: Statt 22 soll es künftig nur noch 14 Regionen geben. Das spart binnen drei Jahren rund zehn Milliarden Euro und steigert die wirtschaftliche Schlagkraft, so der Plan der Regierung in Paris.

Doch als die neue Landkarte erstellt war, brach ein Sturm der Entrüstung los. „Wir haben nichts mit denen zu tun“, schallt es seither aus der Picardie in Richtung Champagne-Ardennes. Im Département Oise, von wo aus viele Bürger nach Paris zur Arbeit pendeln und sich weder den Kartoffelbauern noch den Champagnerwinzern zugehörig fühlen, planen Lokalpolitiker ein Referendum. Der Name Elsaß-Lothringen weckt derweil nicht nur unangenehme Erinnerungen an die Zugehörigkeit zum deutschen Kaiserreich, sondern auch neue Rivalitäten zwischen den Regionalstädten Straßburg, Metz und Nancy. Dem Führungsanspruch von Straßburgs Bürgermeister Roland Ries wollen sich seine Kollegen nicht beugen. Weil Präsident François Hollandes Ex, Ségolène Royal, ihre Atlantik-Region Poitou-Charentes nicht der wichtigeren Loire-Region unterordnen wollte, sollen die Küstenbewohner nun eins werden mit dem Centre und dem Limousin. Dort will man aber lieber gemeinsame Sache mit Aquitaine machen. Und so weiter... Kann man ja alles noch im Parlament verhandeln, beschwichtigt Premier Manuel Valls. Im Herbst. Erst mal schöne Ferien.

Karin Finkenzeller ist Korrespondentin der WirtschaftsWoche in Paris.

BERLIN INTERN | Die SPD will sich dem Mittelstand nähern. Der nimmt die Einladung gern an – bei Staatsgeld wird man sich schnell einig.

Von Henning Krumrey



Früher Vogel, teurer Wurm

Wer im Politikbetrieb nicht beobachtet werden will, zieht sich entweder in Hinterzimmer zurück oder legt seinen öffentlichen Termin nur früh genug in den Morgen. 7.30 Uhr, mittelstandspolitisches Frühstück der SPD-Bundestagsfraktion – das lockt in der Regel keine Journalisten an. Politik und Wirtschaft können so weitgehend unbeobachtet über künftiges Mit- oder auch Gegeneinander diskutieren. Nach dem parlamentarischen Aus der FDP und dem Eintritt der Genossen in die Regierung ist der Bedarf auf beiden Seiten gewachsen.



Lobbytalk zum Frühstück SPD-Politikerinnen Poschmann (links), Wicklein

Von den 100 angemeldeten Abgeordneten, MdB-Mitarbeitern und Lobbyisten ist immerhin die Hälfte früh genug aufgestanden – kein schlechter Wert für Berlin, wo notorisch zugesagt und routiniert geschwänzt wird. **Andrea Wicklein**, stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, wertet das als „Zeichen, dass ein großer Gesprächsbedarf seitens des Mittelstandes besteht“ – und das kann man so oder so verstehen.

Organisiert hat das Treffen die neue mittelstandspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Sabine Poschmann**. Aus einer Liste durften die Gäste sogar jene drei Themen auswählen, die ihnen am wichtigsten sind. Die beiden meistgenannten finden schließlich Platz auf der Tagesordnung: Fachkräftesicherung und Unternehmensfinanzierung.

Poschmann arbeitet mit Zahlen und Beispielen aus ihrer Heimatstadt („Sie werden den Werbeblock für Dortmund öfter hö-

ren“). Und sie preist die diversen Programme, die der Staat entweder schon betreibt oder die die Koalition unter Führung der SPD noch auflegen will.

Die Saat geht auf. Unbefangen entwickeln auch die Lobbyisten immer neue Ideen, wie sich das eigene Geschäft mit Staatshilfe auf Trab bringen lässt. **Alexander Barthel** vom Zentralverband des Deutschen Handwerks muss zwar zugeben, dass es „in der Summe keine Kreditklemme“ gebe, aber natürlich gleichwohl Bedarf. Oft sei das Eigenkapital zu knapp, bisweilen fehlten Sicherheiten für frische Bankdarlehen. Deshalb seien Mikrokredite für Gründer zu loben; die seien „so erfolgreich, dass die Mittel schon aufgebraucht sind“. Sein Plädoyer: „Aufstocken!“ Und die „Regionale Wirtschaftsförderung“ solle doch bitte nicht am Export anknüpfen, sondern an der Beschäftigung. Klar: Handwerker sind kaum im Außenhandel aktiv.

Die Freien Berufe beklagen Mängel bei Wissen und Sozialkompetenz der Azubis und dass der Mindestlohn schon bei 18 Jahren einsetze. Der DIHK freut sich auf mehr steuerlichen Spielraum bei den Verlustvorträgen. Und die Staatsbank KfW, die vom Firmengeschäft lebt, würde ganz gern mehr Programme für Existenzgründer vermarkten. Alles stößt auf das großzügige Wohlwollen der Sozialdemokraten.

Jonas Hurlin vom Verband Beratender Ingenieure beklagt zunächst mit Blick auf die Rente mit 63, seine Klientel verstehe die SPD nicht (wobei nicht klar wird, warum gerade die beratenden Ingenieure von der Frühverrentung für Leute mit einer Lehre besonders betroffen sein sollten). Dann verlangt er, der Staat solle zur besseren Integration ausländischer Fachkräfte beitragen: „Wir brauchen hier E-Learning-Programme für branchenspezifisches Vokabular.“

Das geht selbst Sozialdemokratin Wicklein zu weit. „E-Learning-Programme sind eine gute Idee“, sagt sie diplomatisch. „Da appelliere ich an die Kammern. Ich wüsste nicht, wie wir das von der Bundespolitik unterstützen könnten.“